

Resolution angenommen an der Delegiertenversammlung vom 25. September 2020

Resolution: Für eine Medienunterstützung mit Bedingungen

Nachdem **impressum** vor einem Jahr an die Behörden appelliert hatte, die Medien zu unterstützen, nimmt der Berufsverband mit Genugtuung zur Kenntnis, dass seine Forderung umgesetzt wird. Trotzdem ist es unverzichtbar, dass die Unterstützung der Medien an Bedingungen geknüpft wird: keine Dividendenzahlungen an das Aktionariat und keine Entlassungen im Falle des Bezugs von staatlicher Unterstützung. Darüber hinaus muss die Unterstützung mit einer Verpflichtung zum Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags einhergehen. Insofern muss die Tamedia-Gruppe als Branchenleaderin, die trotz rückläufiger Werbeeinnahmen profitabel bleibt, im aktuellen Umfeld eine besondere soziale Verantwortung übernehmen. **impressum** fordert, dass die Restrukturierung nicht zu Lasten der Arbeitsplätze gehen darf und dass Alternativen zu Entlassungen ernsthaft geprüft werden.

Obwohl die Forderungen von **impressum** seit langem bestehen, war letztlich die Corona-Krise der Auslöser für Bund und Kantone, Soforthilfe auch für Journalistinnen und Journalisten zu leisten. **impressum** begrüsst diesen Gesinnungswandel bei den Behörden von Bund und Kantonen, der ein neues Verständnis von Unterstützungsleistungen zeigt. Bisher zögerten die Behörden, den Medien direkte Hilfe zu gewähren, mit der Begründung, dass dies ihre Unabhängigkeit untergraben könnte. Indes sind aus anderen europäischen Ländern Unterstützungsprogramme bekannt, ohne dass deswegen die Unabhängigkeit der Medien in Frage gestellt würde.

Trotz dieser bedeutenden Fortschritte sind die Vorkehrungen zur Umsetzung der Medienunterstützung nicht zufriedenstellend. **impressum** fordert, dass die eingegangenen Verpflichtungen einheitlich und wirksam sind und dass die versprochene Hilfe rasch ausgezahlt wird und auf die Förderung von Qualitätsjournalismus ausgerichtet ist. Zu diesem Zweck arbeitet **impressum** zusammen mit anderen Partnern aktiv an einem Projekt zur Unterstützung von Recherchen, dem sogenannten "Pacte de l'enquête", und bekräftigt sein Engagement zur Förderung aller Ausdrucksformen des Journalismus. Angesichts der grossen Rolle, die der Online-Journalismus spielt, fordert **impressum** auch das Bundesparlament auf, diesen in die Förderung einzubeziehen.

An der ordentlichen Delegiertenversammlung von **impressum** am 25. September 2020 in Freiburg einstimmig angenommen.